



Aarau, 20. Januar 2025
GV 2022 - 2025 / 287

Botschaft an den Einwohnerrat

Bericht zum Postulat Susanne Klaus (Grüne), Petra Ohnsorg (Grüne), Beatrice Klaus (SP), Laszlo Etesi (SP), Stefan Zubler (FDP) und Christoph Waldmeier (EVP); Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Aarau

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 21. November 2022 hat der Einwohnerrat das Postulat der Einwohnerräte Susanne Klaus (Grüne), Petra Ohnsorg (Grüne), Beatrice Klaus (SP), Laszlo Etesi (SP), Stefan Zubler (FDP) und Christoph Waldmeier (EVP) betreffend "Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Aarau" (GV 2022 - 2025 / 28) überwiesen. In der Botschaft zum Postulat vom 9. Mai 2022 hat der Stadtrat festgehalten, dass die Prüfung bedürfnisorientiert, ergebnisoffen und überregional stattfinden wird.

Im 2. Halbjahr 2023 hat die Koordinationsstelle Kinder- und Jugendförderung (Sektion Gesellschaft) in Zusammenarbeit mit dem Programm Smart City (Sektion Organisation & Strategie) eine Online-Jugendumfrage durchgeführt. Auf Basis der Umfrageergebnisse bot die *Offene Angebote Kind & Jugend Aarau* (OAKJ) Ende März 2024 zwei Workshops an, um gemeinsam mit Jugendlichen mögliche Partizipationsgefässe vertiefter zu besprechen.

Die Umfrageergebnisse und die Erkenntnisse aus den Workshops haben gezeigt, dass das Bedürfnis nach einem Jugendparlament nicht vordergründig ist und dass es physische Partizipationsformate schwer haben, bei Jugendlichen auf grossen Anklang zu stossen. Zur Partizipation werden die Möglichkeit zur Online-Beteiligung sowie die Platzierung von Anliegen via Jugendarbeit bevorzugt. Diese Erkenntnisse decken sich mit den Erfahrungen in Baden und auf kantonaler Ebene.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat entschieden auf die Schaffung eines Jugendparlaments zu verzichten und beantragt dem Einwohnerrat mit der vorliegenden Botschaft die Abschreibung des Postulates. Gleichwohl fördert der Stadtrat alternative Formen der Jugendpartizipation und nimmt im neuen Aktionsplan *Kinderfreundliche Stadt 2025 bis 2028* verschiedene Massnahmen (jährlicher Jour fixe zwischen Schülerrat und Leitung Betrieb und Unterhalt öffentliche Gebäude, Partizipative Spielplatzplanung, usw.) zur Förderung der Partizipation auf.



1. Bestehende Aktivitäten zur Jugendpartizipation (Ist-Zustand)

Partizipation ist eines von sechs Grundprinzipien in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und ist ein fixer Bestandteil in der Alltagspraxis. Die OAKJ setzt bereits einige Aktivitäten zur Förderung von Partizipation von Jugendlichen in Aarau um. Die Zielgruppen der OAKJ ist im Jugendtreff von 12 bis 16 Jahren und bei der Aufsuchenden Jugendarbeit von 12 bis 25 Jahren. Jugendliche können in den Angeboten der Jugendarbeit (Jugendtreff, Aufsuchende Arbeit, Projekte etc.) auf unterschiedlichen Stufen und in verschiedenen Formen partizipieren. Beispielsweise wird im Jugendtreff das Programm partizipativ mit Jugendlichen gestaltet und auch bei Ideen zum Inventar wird auf Jugendliche eingegangen. Die OAKJ engagiert sich auch an spezifischen Anlässen. So war die Jugendarbeit beispielsweise bereits zwei Mal am Tag der Republik vertreten. Letztes Jahr hat sie Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum befragt, was sie in der Schweiz ändern würden. Daraus ist eine Fotoausstellung entstanden, welche ihre Vernissage am Tag der Republik hatte. Zudem sind die offenen Angebote Kind & Jugend am Tag der Demokratie im öffentlichen Raum jeweils mit einer niederschweligen Standaktion anzutreffen. Sie lädt Erwachsene und Jugendliche ein, gemeinsam ins Gespräch zu kommen und über Politik, Jugendthemen oder Lebensthemen zu sprechen.

Das Jugendkulturhaus Flösserplatz ist ebenfalls partizipativ ausgerichtet. Das Motto «ein Kulturhaus von Jugendlichen für Jugendliche» ist demnach zentraler Leitsatz. Der Fokus liegt primär auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 12 – 25 Jahren, welche bestärkt werden, sich aktiv an Entscheidungs- und Planungsprozessen zu beteiligen oder diese gar eigenständig zu führen. Eine Partizipationsstrategie 2025-2030 ist in Erarbeitung. Verschiedene Partizipationsmassnahmen wurden umgesetzt oder aufgegleist:

- Selbständiges Gestalten des Programms von einzelnen Veranstaltungen im Rahmen von monatlichen „offenen Programmsitzungen“.
- Planen und durchführen von Einsätzen in unterschiedlichen Bereichen wie der Bar, an der Eintrittskasse, in der Garderobe und der Technik.
- Die wiederkehrende Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier soll unter Einbezug der Jugendlichen partizipativ neu als Volljährigkeitsfeier konzipiert werden.

Auch die Schule ist ein wichtiger Ort für die Partizipation von Jugendlichen. Die KSAB führt an allen Schulstandorten ein Schulparlament (an einem Standort findet gerade der Wiederaufbau statt). Je nach Standort nehmen 1-2 Vertretungen aus jeder Klasse an den Parlamentssitzungen teil (teilweise erst ab der 3. Klasse). Die Vertretungen werden durch die jeweilige Klasse gewählt. Die Schulparlamente werden von der Schulsozialarbeit und 1-2 Lehrpersonen begleitet. In den Schulparlamenten werden beispielsweise Schulhausregeln, die Gestaltung des Pausenplatzes oder die Organisation des Schulhausfests besprochen. Die Übermittlung der Anliegen aus dem Schulparlament an die jeweils zuständige Verwaltung funktioniert ohne festgelegte Prozesse gut. Das Gefäss "Klassenrat", in welchem Klassenanliegen besprochen werden, wird im Präventionskonzept der KSAB als Voraussetzung / Grundlage für die Schulparlamente erachtet und dementsprechend auch als Erwartung an die Schulklassen formuliert. Das Einfordern dieser Gefässe liegt im Aufgabenbereich der Schulleitungen.

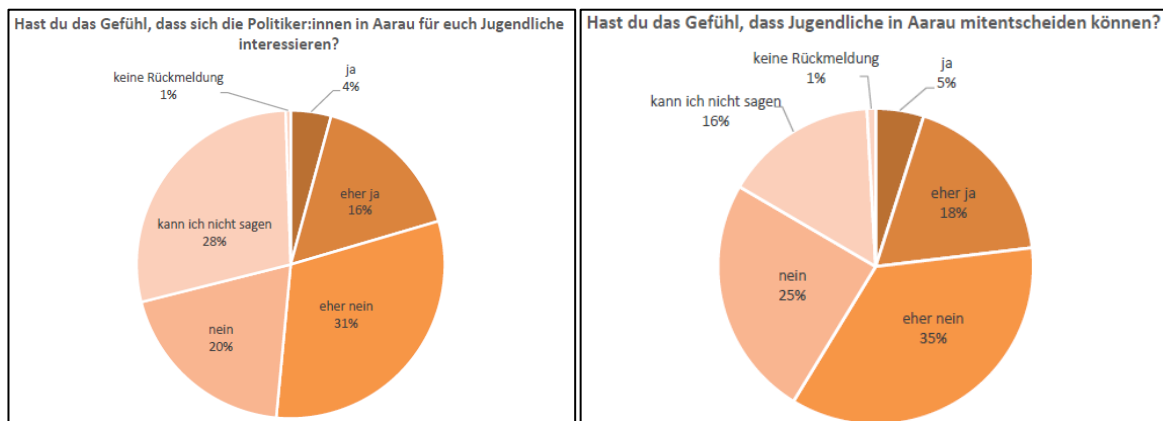


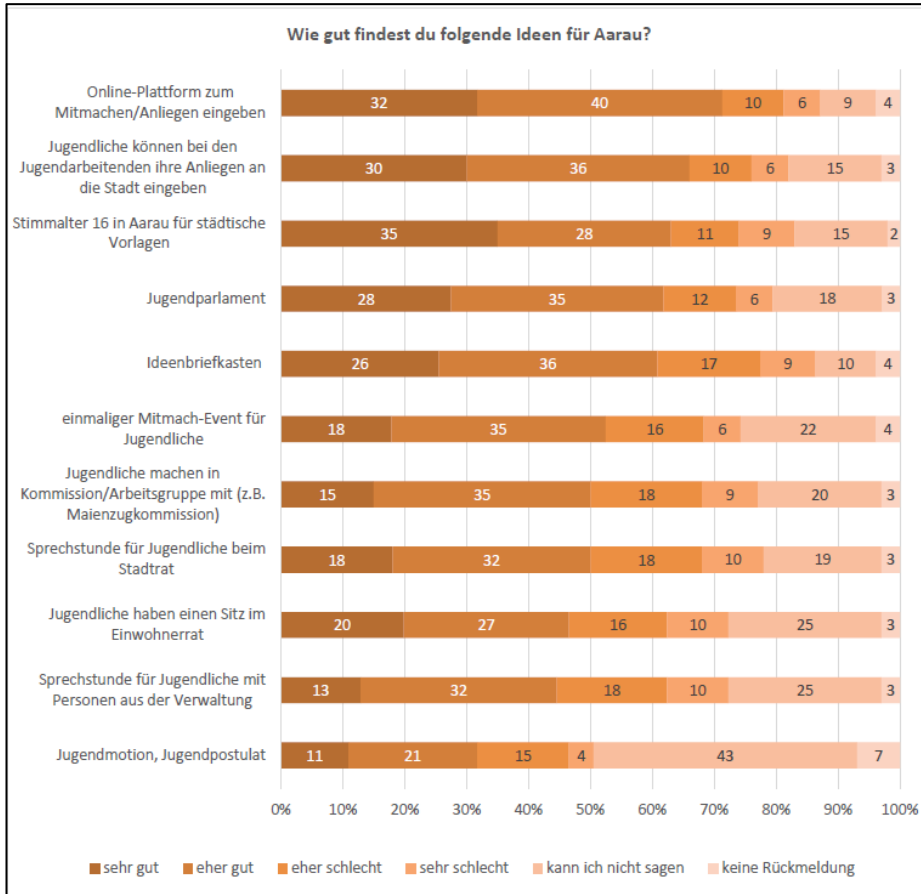
Mit dem Bevölkerungsanliegen besteht seit diesem Jahr auch für Nicht-Stimmberechtigte die Möglichkeit, Anliegen zu formulieren und einzureichen. Mit einem Bevölkerungsanliegen können zehn Einwohnerinnen und Einwohner gemeinsam ein Anliegen formulieren und einreichen. Es spielt keine Rolle, ob die Unterzeichnenden stimmberechtigt sind oder nicht. Eine Alterslimite liegt nicht vor und die Einreichung wie auch die Unterzeichnung ist somit auch für unter 18-Jährige möglich. Das Bevölkerungsanliegen muss im Zuständigkeitsbereich der städtischen Organe liegen.

2. Ergebnisse der Jugendumfrage und der Workshops

2.1. Jugendumfrage

Die in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW durgeführte Online-Jugendumfrage dauerte vom 23. Oktober bis am 21. November 2023. Von 1'038 eingeladenen Jugendlichen haben insgesamt 567 an der Online-Befragung teilgenommen. 536 Jugendliche haben den Fragenbogen bis zum Schluss ausgefüllt. Die Jugendumfrage gilt als repräsentativ. Im Themenfeld zu Mitwirkung wurden den Jugendlichen drei Fragen gestellt.





Eine Mehrheit der Teilnehmenden hat das Gefühl, in Aarau nicht mitentscheiden zu können und von Politikerinnen und Politikern nicht gehört zu werden. Hier zeigt sich Verbesserungspotenzial. Auf die konkrete Frage zu möglichen Mitwirkungsgefässen bevorzugen Jugendliche die Möglichkeit, Ideen und Anliegen online oder über die Jugendarbeit eingeben zu können (72% und 66% Zustimmung). Das Jugendparlament findet mit 63% ebenfalls eine hohe Zustimmung und rangiert an vierter Stelle. Andere Partizipationsgefässe (Sprechstunden, Einsitze etc.) erhalten von den Jugendlichen weniger Zustimmung. Die Umfrage unter Aarauer Jugendlichen zeigt, dass ein Bedarf für mehr Mitsprache bei den Jugendlichen vorhanden ist.

2.2. Workshops

Aufbauend auf den genannten Ergebnissen der Online-Umfrage haben Jugendliche die Möglichkeit erhalten, in zwei Workshops vertieft über Partizipationsgefässe zu diskutieren. Ziel war es, genauer herauszufinden, wie ein entsprechendes Gefäss, bspw. ein Jugendparlament, aussehen soll. Die Termine wurden einerseits bei jenen Jugendlichen beworben, die innerhalb der Online-Umfrage angegeben haben, dass sie gerne weiter im Austausch bleiben möchten. Andererseits wurden weitere Interessierte angeschrieben, es wurde ein Aufruf über die Social-Media-Kanäle der Jugendarbeit veröffentlicht und die Aufsuchende Jugendarbeit hat Jugendliche persönlich via Flyer eingeladen.



Am ersten Workshop haben vier Jugendliche teilgenommen am zweiten niemand. Aufgrund der geringen Teilnahme konnte das Ziel, konkrete Partizipationsgefässe auszuarbeiten, nicht erreicht werden. Im Gespräch mit den vier Jugendlichen kam jedoch deutlich zum Ausdruck, dass sie sich Mitwirkung vor allem niederschwellig und online vorstellen können. Diese Erfahrung zeigt, dass es Aktivitäten mit physischer Präsenz schwer haben, bei Jugendlichen auf Interesse zu stossen.

3. Ergänzende Angebote

Gestützt auf die Ergebnisse der Analyse wurden zwei Massnahmen zur Stärkung der Mitwirkung von Jugendlichen in Aarau entworfen. Die zwei Massnahmen werden anhand eines Testbetriebs in den Jahren 2025 bis 2028 im Rahmen des UNICEF-Labels umgesetzt. Der entsprechende Aktionsplan Kindefreundliche Stadt 2025 bis 2028 sieht zudem weitere Massnahmen, die der Stärkung der Partizipation dienen. Dabei werden gestützt auf die bisherigen Erfahrungen die konzeptionellen Grundlagen zum Thema Partizipation mit Zielgruppe Kinder und Jugendliche erstellt (Massnahme 22).

3.1. Online-Partizipationsplattform

Die OAKJ ist aktuell in einem Forschungsprojekt der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Jugendarbeit Digital und dem Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit DOJ involviert (E-Space "Aktionsforschungsprojekt zur sozialräumlichen Entwicklung digitaler Jugendarbeit"). Im Rahmen dieses Projekts ist die Entwicklung eines digitalen Tools mitfinanziert. Die OAKJ wird im Rahmen des Projekts E-Space eine E-Mitwirkungsplattform für Jugendliche aufbauen. Diese Plattform soll genutzt werden, um die digitale Mitwirkung von Jugendlichen zu ermöglichen und zu testen, ob eine solche Online-Plattform tatsächlich gewünscht ist und worauf dabei zu achten ist. Alle interessierten Jugendlichen aus der Region können mit Hilfe der OAKJ Ideen mit kleinem Budgetumfang eingeben, ausarbeiten und umsetzen. Das Gefäss lehnt sich an die Stadtidee an, ist aber über den gesamten Prozess hinweg stärker begleitet und für Jugendliche niederschwelliger, da die Jugendlichen bei jedem Schritt bei Bedarf Unterstützung erhalten. Der Testbetrieb findet im Rahmen der Angebote der OAKJ statt.

3.2. Workshops an Schulen

Die Jugendarbeit bietet Workshops in den Oberstufenklassen an, um Anliegen von Jugendlichen aufzunehmen, auszuarbeiten und umzusetzen sowie die E-Partizipationsplattform zu testen. Der Inhalt der Workshops soll zwischen der OAKJ und der KSAB ausgearbeitet werden. Möglich wären auch Workshops im Rahmen der Schulparlamente.

4. Fazit

Die Erkenntnisse aus der Jugendumfrage und den Workshops haben gezeigt, dass das Bedürfnis nach einem Jugendparlament nicht zuoberst rangiert. Die Möglichkeit zur Online-Beteiligung sowie die Platzierung von Anliegen über die Jugendarbeit sind die zwei favorisierten Optionen. Physische Formate haben es schwer, bei Jugendlichen auf grossen Anklang zu stossen.



Die Herausforderungen des Jugendparlaments zeigen sich auch auf kantonaler Ebene. Das kantonale Jugendparlament zeigt Mühe bei der Organisation der entsprechenden Sitzungen. Baden und Wohlen kennen ein Jugendparlament bzw. ein Jugendrat und eine Jugendsession. In Baden wurde das Projekt 2021 lanciert und wird von der Jugendarbeit begleitet. Das Konzept wird zurzeit überarbeitet. Die Erfahrung zeigt, dass der formelle Rahmen, die regelmässigen Treffen und die diskutierten langfristigen Projekte nicht förderlich für die Teilnahme der Jugendlichen sind. In Wohlen ist die Erfahrung positiver. Die vorgesehenen Instrumente haben sich als wirkungsvolle Projekte zur Förderung der politischen Bildung bewährt.

Die Schaffung eines Jugendparlaments ist nur dann sinnvoll, wenn es von Jugendlichen "bottom-up" gewünscht und getragen wird. Eine prioritäre Nachfrage danach konnte jedoch in Aarau weder in der Jugendumfrage, noch in den Workshops bestätigt werden.

Mit den zwei ergänzenden Angeboten (siehe 3.1. und 3.2.) wird der Forderung der Postulantinnen und Postulanten nach der Schaffung eines Jugendparlaments nicht ganz entsprochen. Dennoch wird ein bedürfnisorientiertes und überregionales Angebot sichergestellt, welches die bereits bestehenden vielseitigen Möglichkeiten zur Partizipation ergänzt. Wie bei den bestehenden Angeboten nehmen die städtischen Akteure und die Schule eine zentrale Rolle ein. Sollten in Zukunft die Jugendlichen das Bedürfnis nach einem Jugendparlament einbringen, ist der Stadtrat gerne bereit die Gründung eines Jugendparlaments zu unterstützen.

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat wie folgt

A n t r a g :

Das Postulat "Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Aarau" wird abgeschrieben.

Im Namen des Stadtrats

Dr. Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident

Dr. Marco Salvini
Stadtschreiber

Verzeichnis der aufliegenden Akten:

- Postulat Susanne Klaus (Grüne), Petra Ohnsorg (Grüne), Beatrice Klaus (SP), Laszlo Etesi (SP), Stefan Zubler (FDP), Christoph Waldmeier (EVP), Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Aarau
- Kinderfreundliche Gemeinde, Aktionsplan 2025 – 2028
- Ergebnisse Jugendumfrage 2023